

Rot-Rot-Grün: Aufbruch ohne Denkverbote

In der letzten Ausgabe der „Blätter“ definierte Sahra Wagenknecht ihre engen roten Linien für eine rot-rot-grüne Koalition. Dagegen plädiert ihr Parteigenosse **Axel Troost**, stellvertretender Bundesvorsitzender der Linkspartei und Sprecher für Finanzpolitik im Bundestag, für das Beispiel Thüringens: intensive Gespräche der drei Parteien mit dem Ziel, die fatale Blockade der Großen Koalition zu durchbrechen. – D.Red.

Die alte Regel gilt: In Krieg und Krise gewinnt die Regierung. Die Zufriedenheit einer klaren Mehrheit der Bundesbürger ist gegenüber den Zustimmungswerten bei der Bundestagswahl 2013 sogar noch einmal deutlich angestiegen. Dabei profitiert die Große Koalition auch von der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland – und von der großen Popularität ihrer Spitzenpolitiker.

Allerdings: Den politischen Ertrag an dieser Hochstimmung in der Berliner Republik heimst allein die CDU/CSU ein. Von einem Aufwärtstrend der Sozialdemokratie kann nicht einmal in Ansätzen die Rede sein. Die Union liegt in den Umfragen konstant bei über 40 Prozent, die SPD wie festgefroren bei 25. Grüne und Linkspartei liegen jeweils um die 9 Prozent, die AfD verharrt weiter bei 6 Punkten. Insgesamt bleibt die Union allein somit nur geringfügig schwächer als das linke Lager aus SPD, Grünen und Linkspartei zusammen.¹

Wenn diese Entwicklung bis 2017 anhält, steht bei der nächsten Bundes-

tagswahl erneut kein Politikwechsel auf der Tagesordnung. Angesichts dieser fatalen Entwicklung warb daher Jürgen Trittin in den Oktober-„Blättern“ 2014 für die Konzeption eines entblockierten, zukunftsfähigen und nachhaltigen Deutschlands. Er entwickelt drei sehr überzeugende Thesen.² Erstens: Ökologische Nachhaltigkeit ist im allgemeinen Interesse der heute lebenden sowie der künftigen Generationen. Sie bildet die Basis einer zukunftsfähigen Wirtschaft. Zweitens: Gegen den irrig naiven Wunsch nach einer Wirtschaft ohne Wachstum (bzw. mit Null- oder Minuswachstum) gilt es das zu definieren, was – aus sozialen und ökologischen Gründen – noch weiter wachsen muss. Und deshalb bedarf es dreier einer Strategie der „sozial-ökologischen Transformation“.

Es geht mir hier nicht im Einzelnen um die von Trittin vorgetragenen Argumente. Es geht um die zentrale, sehr berechtigte Botschaft: Angesichts des Aufschwungs der Rechtspopulisten von der Alternative für Deutsch-

1 Der Anteil der Nichtwähler und Unentschlossenen beträgt rund 27 Prozent.

2 Jürgen Trittin, Die Koalition der Transformation und was ihr im Wege steht, in: „Blätter“, 10/2014, S. 53-63.

land (AfD) droht die Große Koalition zum Dauerzustand auch für Deutschland zu werden. Die ökonomische und politische Stagnation könne letztlich in eine Rechtsverschiebung münden – verbunden gar mit einer strukturellen Unmöglichkeit, überhaupt noch Mehrheiten links der Mitte zu erreichen. „Wollen wir eine rechte Mehrheit verhindern“, so Trittin, „müssen wir den Stillstand der Großen Koalition überwinden. Dies ist kein grünes Problem – es ist eine Verantwortung aller Kräfte der linken Mitte“. Seine zentrale Schlussfolgerung lautet daher: Wenn sich politisch etwas ändern soll, muss jetzt ein Diskurs und eine Debatte über den drohenden Stillstand aufgenommen werden – unter rot-rot-grünen Vorzeichen.

» Die Wahl Bodo Ramelows steht für eine Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse.«

Im Freistaat Thüringen gab es, mit der Wahl Bodo Ramelows zum ersten Ministerpräsidenten der Linkspartei und dem Start einer rot-rot-grünen Landesregierung, ebendiese Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Die alten Konstellationen waren nicht mehr in der Lage, die Wähler zu überzeugen und vorhandene parlamentarische Mehrheiten zu einer Regierung zu organisieren. „Diese historische Chance, auf die sich die PDS/Die Linke in Thüringen seit langem vorbereitet hat, mussten wir nutzen – oder sie ungenutzt verstreichen lassen. Die Zeit war eben reif für Rot-Rot-Grün“, so die Landes- und Fraktionsvorsitzende der Linkspartei in Thüringen, Susanne Hennig-Wellsow.³

Auch wenn es auf Bundesebene ver einzelnte und vorsichtige Signale aus

SPD und Grünen für ein Bündnis mit der Linkspartei gibt, finden wir dort völlig andere Mehrheits- und Kräfteverhältnisse vor, im Parlament und in der Gesellschaft. Dabei existiert seit 2013 – wie bereits 2005 – zwar eine arithmetische Mehrheit für Rot-Rot-Grün. Aber die Differenzen sind derzeit zu groß, um diese auch politisch wirksam zu machen.

Daher wird auch im Bund Rot-Rot-Grün nicht von selbst kommen. Susanne Hennig-Wellsow stellt zu Recht fest: „Wer will, dass sich auch im Bund auf absehbare Zeit etwas verändert, muss langfristig denken. Es braucht praktische Erfahrungen erfolgreicher Kooperationen, um irgendwann zusammenarbeiten zu können. [...] Es braucht – so wie in Thüringen in den vergangenen Jahren – eine intensive und normale Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb des Parlaments von SPD, Grünen, Linkspartei, Gewerkschaften und Sozial- oder Umweltverbänden. Es muss deutlich werden, dass eine Zusammenarbeit Erfolge gegen einen konservativen und neoliberalen Mainstream haben kann.“

» Ohne Vorarbeit bleiben allgemeine Appelle an die Zusammenarbeit von Rot-Rot-Grün blutleer.«

Ohne diese Vorarbeit bleiben allgemeine Appelle an die Zusammenarbeit von Rot-Rot-Grün ohne gesellschaftliche Bindung und daher blutleer. Der Vorschlag von Fraktionschef Gregor Gysi, das Spitzenpersonal der drei Parteien solle sich zu regelmäßigen Gesprächen zusammensetzen, um die Gemeinsamkeiten für ein Bündnis auszuloten, verpuffte entsprechend schnell im politischen Raum, zumal SPD und Grüne keinerlei Interesse zeigten.

In den letzten „Blättern“ äußert sich nun auch die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linkspartei,

3 Susanne Hennig-Wellsow, Anders regieren – Erste Erfahrungen der rot-rot-grünen Landesregierung in Thüringen, in: „Sozialismus“, 2/2015, S. 8-12.

Sahra Wagenknecht, zu den Perspektiven von Rot-Rot-Grün. In ihrer Argumentation ist jedoch von einem solchen offenen, diskursiven Herangehen, wie es Susanne Hennig-Wellsow am Beispiel Thüringens beschreibt, wenig zu entdecken.

Wagenknecht fragt lediglich apodiktisch: „Werden sich in der SPD und den Grünen jene Kräfte durchsetzen, die sich dem Erbe Willy Brandts verpflichtet fühlen, die sich in der Tradition der Friedensbewegung und der Tradition linker Bürgerrechtsbewegungen sehen und die bereit sind, an der Seite der Linkspartei für mehr Demokratie, Abrüstung, Umverteilung und soziale Gerechtigkeit zu kämpfen?“⁴ Für sie geht es darum, „ob eine neue Regierung tatsächlich eine politische Alternative verkörpert – oder ob sie nicht mehr bringt als einen Wechsel im Kanzleramt. Eine rot-rot-grüne Regierung, die sich den vermeintlichen Sachzwängen der Märkte und der Mächtigen unterwirft und nicht den Mut aufbringt, spürbare Verbesserungen für die Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen, ist ein Unterfangen, das die Mühe nicht lohnt.“

So sehr Sahra Wagenknecht zu Recht auf einem inhaltlichen Wandel beharrt: Viel zu wenig, ja mit keinem Wort ist von der dafür erforderlichen prozesshaften Entwicklung die Rede. Doch ohne eine „intensive und normale Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb des Parlaments von SPD, Grünen, Linkspartei, Gewerkschaften und Sozial- oder Umweltverbänden“ (Wellsow) werden die Voraussetzungen für einen gesellschaftlichen Wandel und damit auch für eine Veränderung von politischen Positionen in der Mehrheit der Bevölkerung nicht geschaffen werden.

Die Folgen einer fehlenden politischen Regierungsalternative sind jedoch verheerend, wie wir bereits

heute sehen: Mit der Zielsetzung des europäischen Fiskalpaktes und der Schuldenbremse manövrieren die politischen Eliten die europäischen Gesellschaften immer tiefer in eine Sackgasse. Auffällig ist die Ignoranz gegenüber der wirtschaftlichen Stagnation, den wachsenden Konjunkturproblemen und den politischen Konflikten in Europa. Die politischen Erben dieser miserablen Mängelverwaltung sind die rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien unterschiedlicher Couleur.

Umso mehr muss die Linkspartei – gerade mit Blick auf die grotesken Verteilungsstrukturen in Deutschland und Europa – offen für einen Politik- und Regierungswechsel eintreten, mit dem eben auch die ökonomische Stagnation zum veränderbaren Problem erhoben wird.⁵

» Sahra Wagenknecht fordert – völlig wirklichkeitsfremd – vorab den politischen Kotau von SPD und Grünen.«

Doch auch für Sahra Wagenknecht sind diese dramatischen Zusammenhänge und Entwicklungen nicht entscheidend. Sie fordert – meines Erachtens völlig wirklichkeitsfremd – vorab den politischen Kotau von SPD und Grünen: „Solange SPD und Grüne mehrheitlich leugnen oder gar darauf stolz sind, dass ihre Rentenreformen massenhafte Altersarmut produzieren und das Hartz-IV-Zwangssystem zu Lohndumping und einem großen Niedriglohnsektor beigetragen hat, und solange sie das System nicht substantiell verändern wollen, ist eine gemeinsame Regierung unmöglich.“

Dieselbe radikale Argumentation, die allein die Gegnerschaft betont, erfolgt bei der Außenpolitik – aller-

4 Sahra Wagenknecht, Rot-Rot-Grün: Politik statt Personalwechsel. Eine Antwort auf Jürgen Trittin, in: „Blätter“, 2/2015, S. 73-81.

5 Vgl. auch Axel Troost, Wie politischen Stillstand und Stagnation überwinden?, in: „Sozialismus“, 12/2014, S. 21-26.

dings auf beiden Seiten: „Haupthindernis einer rot-rot-grünen Koalition sind große Differenzen in der Außenpolitik. Erst wenn die Linkspartei die Nato akzeptiere und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland mittrage, käme sie als ernsthafter Koalitionspartner in Frage, so der übliche Tenor bei SPD und Grünen. Wer so argumentiert, kann an einer rot-rot-grünen Regierung kein Interesse haben, denn sie wird zu diesen Bedingungen nicht nur nicht zustande kommen, sie wäre dann auch nichts wert. Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Diesen friedenspolitischen Grundsatz wird die Linkspartei nicht über Bord werfen“, postuliert Sahra Wagenknecht.

» Ein mögliches Reformprojekt wird damit bereits im Ansatz erledigt.«

Gegenwärtig erleben wir – mit der brutalen Herausforderung durch den sogenannten Islamischen Staat, aber vor allem mit dem drohenden großen Krieg in der Ukraine – eine neue, hochkomplexe Lage. In dieser Situation nicht auf Diskurs, sondern vor allem auf Abgrenzung zu setzen, mag für Teile der Linkspartei identitätsstärkend sein, aber die Interventionsfähigkeit der Partei in Richtung einer gesellschaftlichen Reformalternative wird so nicht gestärkt. Bezeichnend für diese reine Abwehrhaltung ist leider auch die Tatsache, dass Sahra Wagenknecht in ihrem Beitrag Argumente Trittins nicht einmal erwähnt bzw. sich mit diesen Argumenten ernsthaft auseinandersetzt, geschweige denn die ja bereits existierende Debatte über diese Thesen innerhalb der Linkspartei aufgreift.

Ein mögliches Reformprojekt wird damit bereits im Ansatz erledigt. Dabei ist es für die Linkspartei in der Tat eine Herausforderung, ein solches Projekt zu entwickeln und offensiv in SPD und

die Grünen hineinzutragen – um so herauszufinden, welche Schnittmengen ein gemeinsamer Gestaltungswille braucht. Dies gilt nicht nur für die Innen-, sondern auch für die Europa- und Außenpolitik. Die Vorschläge eines notwendigen Politikwechsels könnten zur Ausgangsbasis für den erforderlichen Verständigungsprozess unter Linkspartei, SPD und Grünen werden. Dafür ist es erforderlich, innerhalb aller drei Parteien für eine entsprechende Öffnung zu werben. Ohne die Erarbeitung gemeinsamer Positionen wird jede Debatte um ein rot-rot-grünes Bündnis auf die wahlarithmetische Ebene beschränkt bleiben und keine Strahlkraft in die Gesellschaft entwickeln. Hierzu bedarf es der Orte und Gelegenheiten, um gemeinsam die unterschiedlichen Erfahrungen zu diskutieren und um daraus die notwendigen praktischen Schlüsse zu ziehen. Zu einem dieser Orte ist in den letzten Jahren das Institut Solidarische Moderne, ISM, geworden.⁶

Fest steht aber auch: Ohne eine Zustimmung aus der Zivilgesellschaft wird es keinen rot-rot-grünen Politikwechsel geben. Findet dieser nicht statt, wäre die Konsequenz fatal: Ein weiterer großkoalitionärer Stillstand wird lediglich den Zulauf zu rechtspopulistischen bis rechtsextremen Angeboten erhöhen, von Leipzig über Hamburg bis nach Berlin.

⁶ Siehe etwa „Keine andere Möglichkeit, als auf diese Kraft zu setzen“, Astrid Rothe-Beinlich und Thomas Seibert im Gespräch, unter: www.solidarische-moderne.de.

